

V. La question se résume ainsi, en dernière analyse, à celle de savoir si la créance saisie, du montant de 90 fr. et qui n'arrivera à échéance que le 26 août 1906, suffit ou non pour couvrir le solde de la créance en poursuite, soit la somme de 78 fr. 75 c. et les accessoires légitimes. Suivant l'office, ainsi que cela résulte de son rapport du 7 mars (litt. C. ci-dessus), cette question devrait être résolue dans le sens de l'affirmative, et le créancier poursuivant lui-même ne l'a pas contesté, car s'il a attaqué cette saisie, c'est pour de tout autres raisons. A supposer d'ailleurs que le créancier poursuivant n'ait pas eu encore connaissance de cette estimation et puisse ainsi l'attaquer encore utilement et que cette estimation soit réduite par les autorités cantonales de telle manière que la créance en poursuite soit réputée n'être plus couverte, ou à supposer aussi que la réalisation laisse un découvert (art. 145), l'office aura à procéder aussitôt à une saisie complémentaire, portant cette fois-ci, à défaut toujours d'autres biens (meubles) saisissables, sur les immeubles du débiteur, ensorte que les intérêts du créancier poursuivant paraissent sauvegardés en tout cas.

VI. Il convient enfin de remarquer qu'aux termes de l'art. 95 al. 5 le Préposé doit, en matière de saisie, chercher à concilier autant que possible les intérêts du créancier et ceux du débiteur, et qu'en procédant ainsi qu'il l'a fait en l'espèce, l'office des poursuites d'Aigle a précisément cherché à concilier, autant que faire se pouvait, les intérêts du débiteur et ceux du créancier. L'on ne voit pas en effet l'avantage que ce dernier aurait eu à ce que l'office saisît en première ligne les immeubles du débiteur, puisque ces immeubles n'auraient pu être réalisés au plus tôt que sept mois après la saisie (art. 116 et 133) et que, dans l'intervalle, en vertu des art. 102 et 103, la saisie eût dû porter également sur le loyer que l'office a jugé pouvoir saisir seul le 19 février. Il est inexact d'ailleurs que cette saisie du 19 février ait pour effet de prolonger aucun des délais prévus par la loi; puisqu'elle a pour objet une créance, soit un bien meuble au sens de la loi, le créancier peut dores et déjà former sa

réquisition de vente, le délai de 30 jours prévu à l'art. 116 étant expiré en l'espèce dès le 21 mars, et l'office aura, éventuellement, à suivre à cette réquisition en conformité de la loi, comme s'il s'agissait de tout autre bien meuble, c'est-à-dire sans avoir à tenir compte des modalités de la créance saisie sinon pour vendre celle-ci telle qu'elle existera lors des enchères.

Par ces motifs,

La Chambre des Poursuites et des Faillites
prononce :

Le recours est déclaré fondé.

59. *Entscheid vom 15. Mai 1906 in Sachen Trachsel und Sounforten.*

Verwertung von Liegenschaften bei der Pfändungsbetreibung. Wirkung der Konkursöffnung auf einen Dritten, an den ein gepfändetes Vermögensstück veräußert wurde. Art. 206 SchKG. Es ist Spezialzekution in dieses Vermögensstück trotz Konkurses über den Pfändungsschuldner zulässig.

I. Die Rekurrenten, Christian Trachsel, Johann Marmet, Peter Wandfluh und Peter Zurbrugg hatten am 20. April 1904 in zwei beim Betreibungsamt Frutigen geführten Betreibungen Nr. 244 und 245 mehrere Liegenschaften des betriebenen Schuldners Friedrich Pieren pfänden lassen. Nach dem Pfändungsvollzuge, aber noch am 20. April wurden die gepfändeten Liegenschaften auf Grund eines Kaufvertrages, den Pieren am 15. April mit Christian Großniklaus und Christian Willen abgeschlossen hatte, diesen durch Fertigung zu Eigentum übertragen. Zwei Beschwerdeverfahren, die mit bundesgerichtlichen Entscheiden vom 17. Mai und 26. September 1905 (NS Sep.-Ausg. S. Nr. 34 und 58*) endigten, führten zu dem Ergebnis, daß die Pfändung

* Ges.-Ausg. 31 I Nr. 64 S. 344 ff. und Nr. 91 S. 539 ff.

(Anm. d. Red. f. Publ.)

vom 20. April als gültig anzuerkennen und die Geltendmachung von Drittansprüchen nach Art. 106/109 SchRG durch die Käufer Großniklaus und Willen unzulässig sei. Am 28. September 1905 stellten die Rekurrenten das Verwertungsbegehren. Am 30. Oktober wurde über Pieren auf sein Verlangen der Konkurs erkannt, das Verfahren aber dann mangels Aktiven durch konkursrichterliche Verfügung vom 3. November 1905 nach Art. 230 Abs. 1 SchRG wieder eingestellt. Nach Annahme der Vorinstanz reichte dieser Verfügung gegenüber kein Gläubiger innert Frist ein Begehren um Durchführung des Verfahrens nach Abs. 2 des Art. 230 ein, so daß sie — am 24. November — endgültig wurde. Die Rekurrenten verlangten wiederum die Vornahme der Verwertung. Allein das Amt erklärte ihnen mit Brief vom 11. Dezember 1905, daß es sich im Hinblick auf Art. 206 SchRG weigere, dem gestellten Begehren Folge zu geben. Darauf erneuerten die Gläubiger dieses Begehren im Beschwerdewege.

II. Die kantonale Aufsichtsbehörde erkannte mit Entscheid vom 25. Januar 1906: die Beschwerde werde im Sinne der Motive abgewiesen. Die Motive führen aus: Es liege, wie anzunehmen sei, eine rechtskräftige Verfügung auf Einstellung des Konkursverfahrens vor. Mit derselben hätten aber die Beschwerdeführer keineswegs die Befugnis erlangt, ihre vor der Konkursöffnung angehobenen Betreibungen fortzusetzen. Denn diese Betreibungen seien mit der Konkursöffnung dahingefallen und daran ändere die nachherige Einstellung des Konkursverfahrens nichts. Dagegen hätten die Beschwerdeführer das Recht, neu Betreibung anzuhängen und auf diesem Wege einen Verluftschein und damit einen Titel zur Arrestwirkung oder zur Anfechtungsklage zu erwirken. Auch dann übrigens, wenn es nicht zu einer gültigen Einstellung des Konkurses gekommen wäre, dürften die fraglichen Liegenschaften nicht zu Gunsten der Beschwerdeführer verwertet werden: Denn sie seien nach Art. 199 SchRG in die Konkursmasse gefallen. Damit sei an Stelle des Beschlagsrechtes der Pfändungsgläubiger das der Gesamtgläubigerschaft getreten; d. h. die Exekutionsrechte, welche die Beschwerdeführer an den nummehr den Beschwerdegegnern Großniklaus und Willen zustehenden Liegenschaften gültiger Weise erworben hätten, seien auf die Masse

übergegangen und bei mangelnder Einstellung des Konkurses im Interesse der Gesamtgläubigerschaft geltend zu machen. Nicht erörtert zu werden brauche nach der Stellungnahme der Beteiligten im vorliegenden Beschwerdeverfahren die Frage, ob — im Falle gültiger KonkursEinstellung — eine nachträgliche Abmassierung im Sinne von Art. 269 SchRG stattfinden könnte. Den Beteiligten bleibe es überlassen, ihnen gutschheinende Schritte in dieser Beziehung zu tun.

III. Mit rechtzeitig eingereichtem Rekurse haben die Gläubiger Trachsel und Konsorten diesen — am 17. März eröffneten — Entscheid unter Erneuerung ihres Begehrens um Vornahme der verlangten Verwertung an das Bundesgericht weitergezogen.

Die kantonale Aufsichtsbehörde hat von Gegenbemerkungen zum Rekurse abgesehen. Die Beschwerdegegner Großniklaus und Willen beantragen, den Rekurs als unbegründet abzuweisen.

Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung:

1. (Rechtzeitigkeit des Rekurses.)
2. In der Sache selbst ist zunächst auf die Ausführungen des bundesgerichtlichen Entscheides vom 17. Mai 1905 zu verweisen, wonach das Pfändungsrecht, das die Rekurrenten als betreibende Gläubiger an den fraglichen Liegenschaften erworben hatten, durch den nachherigen Übergang der letztern aus dem Eigentum des betriebenen Schuldners, in das der Rekursgegner keine Schmälerung erfahren hat. Demnach müssen die Rekurrenten auch gleicher Weise Anspruch auf Vornahme der Verwertung haben, wie wenn jener Eigentumsübergang nicht stattgefunden hätte, und müssen sich die Rekursgegner die Verwertung ebenso gefallen lassen wie der betriebene Schuldner, dessen Eigentumsobjekt verwertet wird.

Das Betreibungsamt behauptet denn auch nichts Gegenteiliges, um seine Weigerung, in den Betreibungen der Rekurrenten die verlangte Verwertung vorzunehmen, zu begründen. Hierfür beruft es sich vielmehr auf den besondern Umstand, daß infolge der Konkursöffnung vom 30. Oktober 1905 die genannten Betreibungen nach Art. 206 SchRG dahingefallen seien.

3. Das Gesetz stellt in Art. 206 allerdings den Satz auf,

daß infolge der Konkursöffnung „alle“ gegen den Gemeinschuldner anhängigen Betreibungen aufgehoben sind. Art. 206 steht aber unter dem sechsten Titel Ziff. I: „Wirkungen des Konkurses auf das Vermögen des Schuldners.“ Nach Art. 197 u. ff. ist im Konkurse nur zu liquidierendes Vermögen, welches dem Gemeinschuldner gehört. Hiermit zusammengehalten kann Art. 206 nur dahin aufgefaßt werden, daß das Spezialerektionsverhältnis gegenüber der Generalerektion in das Vermögen des Schuldners zurückzutreten hat, soweit die Spezialerektion nicht schon in das Verteilungsstadium getreten ist (Art. 199 Abs. 2); alles dies aber immer nur soweit es sich um Vermögen handelt, welches im Konkurse des Gemeinschuldners liquidiert und zur Befriedigung der Forderungen der Gläubiger verwendet werden kann.

4. Die heute gegebene rechtliche Situation ist aber die, daß in der Pfändungsbetreibung gegen F. Pieren infolge der im Tatbestand dargestellten Verhältnisse Vermögen eines Dritten zur Liquidation gelangt, indem die ursprünglich dem Schuldner gehörende Liegenschaft, ohne daß das Betreibungspfandrecht dadurch berührt wurde, an dritte Personen veräußert worden ist, welche nun dulden müssen, daß die Verwertung gegen Pieren durchgeführt wird.

5. Die bundesrechtliche Praxis hat nun bei der Betreibung auf Pfandverwertung, wenn das Pfand sich im Eigentum eines Dritten befand, die Betreibung trotz eingetretenen Konkurses gegen den Schuldner zugelassen (vergl. Archiv Bd. II Nr. 128; NS 23 Nr. 49; Sep.-Ausg. 1 Nr. 83*; 2 Nr. 68** und 6 Nr. 80 Abs. 1 der Erwägungen***; abweichend nur Archiv III, Nr. 127), wobei es keinen Unterschied macht, ob die Betreibung vor oder nach der Konkursöffnung angehoben wurde. Diese Praxis gründet sich im wesentlichen darauf, daß es unzulässig ist, anderes als schuldnereisches Vermögen zur Masse zu ziehen und im Konkurse zu realisieren. Da nun aber andererseits durch die Rechtsprechung festgestellt ist (vergl. Bundesgerichtsentscheid vom 1. Mai 1906 in Sachen Allgemeine Aargauische Erspar-

* Ges.-Ausg. 24 I Nr. 149 S. 754 ff. — ** Id. 25 I Nr. 117 S. 574 ff.

— *** Id. 29 I Nr. 129 S. 605 ff.

niskasse und dortige Zitate*), daß die Betreibung auf Verwertung eines Drittpfandes sich gegen den Schuldner der geltend gemachten Forderung und nicht gegen den Pfandeigentümer als Betriebenen richtet, so gelangt man dazu, hier ausnahmsweise, in Abweichung vom Grundsatz des Art. 206 SchRG, eine Betreibung (Spezialerektion) gegen den Gemeinschuldner auch während des hängigen Konkurses zuzulassen (was der oben zitierte Entscheid, Sep.-Ausg. 1 Nr. 83 bereits ausdrücklich bemerkt hat).

Hält man sich aber an die erörterte Auffassung, so muß im gleichen Sinne auch im Falle, wo es sich um eine auf die Liquidation von Dritteigentum abzielende Pfändungsbetreibung handelt, entschieden werden: d. h. die Durchführung einer solchen Betreibung erscheint dann stets als der zulässige und gesetzlich gebotene Weg, um zur erektionsweisen Befriedigung der geltend gemachten Forderung aus dem für sie gepfändeten Gegenstande zu gelangen, unabhängig davon, ob und wann der betriebene Schuldner sich im Konkurse befinde oder nicht. Die Rechtslage stimmt in den beiden Fällen in Beziehung auf die entscheidenden Punkte überein; namentlich steht man bei der Pfändungsbetreibung gleicher Weise vor der Frage, ob die Einbeziehung von Dritteigentum in die Konkursmasse und seine Liquidation im Konkursverfahren gesetzlich zulässig sei, und handelt es sich bei der Pfändungs- wie bei der Pfandverwertungsbetreibung darum, aus einem oder mehreren Vermögensobjekten zu Gunsten des durch sie gesicherten Gläubigers in einem amtlichen Verfahren einen Geldeswert zu gewinnen. Auf die Verschiedenheiten im Charakter dieser Rechte des Betreibungs- und des Konventionalspfandrechtes kann es nicht ankommen und speziell nicht darauf, daß der Gläubiger, der auf Pfandverwertung betreibt, schon vor Anhebung der Betreibung ein Recht in Beziehung auf das Exekutionsobjekt besitzt und daß er vermöge seines Rechtes — im Gegensatz zum Pfändungsrechte — Mitgläubiger von der Befriedigung aus dem Exekutionsobjekte auszuschließen vermag.

Ist hiernach die Konkursöffnung vom 30. Oktober 1905 ohne Einfluß auf die Betreibungsrechte der Rekurrenten geblieben,

so gilt das umsomehr für die nachherige Einstellung des Konkursverfahrens nach Art. 230 SchRG. Irgend ein sonstiger Grund gegen die Zulässigkeit der verlangten Verwertung der fraglichen Pfändungsobjekte wird nicht behauptet.

Demnach hat die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
erkannt:

Der Rekurs wird begründet erklärt und damit in Aufhebung des Vorentscheides das Betreibungsamt Frutigen zur Vornahme der verlangten Verwertung verhalten.

60. Arrêt du 26 mai 1906, dans la cause Clavel.

Mainlevée définitive; effets. Art. 80, 81 LP.

A. — Le 27 janvier 1906, la Commune de Lausanne a fait notifier par l'office des poursuites de dite ville, XI^e arrondissement, à Francis Clavel, à Renens (dans le même arrondissement de poursuite), un commandement de payer la somme de 5 fr. 85 en capital, représentant le montant auquel la créancière avait réduit son bordereau d'impôt pour loyer pour 1905 en raison de ce que le débiteur n'avait eu son domicile sur le territoire de la Commune de Lausanne que durant une partie seulement de l'année 1905. Le débiteur ayant fait opposition totale à ce commandement de payer, poursuite N^o 10 933, mais ayant dans la suite effectué un versement de 2 fr. 85, seule somme qu'il reconnût alors devoir, la créancière requit et obtint du Juge de Paix du cercle de Romanel, en date du 26 mars 1906, et en conformité de l'art. 80 al. 1 et 2 LP, la mainlevée définitive de l'opposition du débiteur pour la somme de 3 fr. en capital encore en poursuite, le débiteur étant d'ailleurs condamné au paiement des frais de mainlevée, par 2 fr., et des dépens envers sa contrep partie, par 5 fr.

Le 2 avril 1906, la créancière requit la continuation de la poursuite pour la somme restant due en capital, de 3 fr.,

les frais et dépens de mainlevée (7 fr.) et les frais de poursuite; le même jour, le débiteur fut avisé qu'il serait procédé contre lui le lendemain à la saisie; et, le 3 avril, en l'absence du débiteur, l'office saisit au domicile de ce dernier différents objets mobiliers d'une valeur estimative totale de 22 fr. 40. Le 4 avril enfin, l'office adressa au débiteur copie du procès-verbal de cette saisie, en qualifiant cette dernière de « saisie provisoire », évidemment par suite d'inadvertance ou d'une confusion entre les effets de la mainlevée provisoire et ceux de la mainlevée définitive.

B. — C'est ensuite de ces faits que, le 5 avril, Clavel porta plainte auprès de l'Autorité inférieure de surveillance tant contre le représentant de la créancière, l'agent d'affaires L. K., à Lausanne, que contre l'office des poursuites de Lausanne, XI^e arrondissement, disant « réclamer 3000 fr. de dommages-intérêts » et 50 fr. de frais et dépens, pour le tort que lui avait causé la saisie du 3 avril parce que celle-ci avait été pratiquée en son absence et alors que le délai de recours de dix jours contre le prononcé ou l'ordonnance de mainlevée du 26 mars n'était pas encore expiré.

Ultérieurement, par lettre du 10 avril, en déclarant porter contre l'agent d'affaires K. et l'office des poursuites de Lausanne une seconde plainte, relative celle-ci, — du moins le semble-t-il, — à une poursuite dirigée par lui-même contre la commune de Lausanne (poursuite N^o 12 877), Clavel revint sur les faits ayant motivé sa première plainte, en expliquant que, pour procéder à la saisie du 3 avril alors que son logis se trouvait fermé, l'huissier avait dû se jucher sur une fenêtre pour voir de là ce qu'il pouvait placer sous le poids de la saisie.

Il est à noter d'ailleurs que, le 4 avril, soit le lendemain de la saisie et la veille de sa plainte, Clavel avait fait à l'office un versement de 10 fr., prétendant régler ainsi le solde redu par lui en capital et les frais et dépens de mainlevée, et disant n'avoir pas à payer d'autres frais de poursuite (de commandement, de saisie et de perception).

Dans ses observations, — en date du 6 avril, — en ré-